

Politische Sommerspiele

■ PETER PAWLOWSKY



Peter Pawlowsky, Studium der Literatur und Philosophie, Arbeit im Verlagswesen und in der Erwachsenenbildung, Journalist und Übersetzer, sieben Jahre Leiter der Abteilung „Religion“ im ORF Fernsehen. Bis 2000 Präsentator der Sendung „kreuz+quer“.

Der Sommer war heuer keine Saure-Gurken-Zeit. Das verdanken wir einigen Herren der ÖVP, die in einem sportlichen Wettstreit einander mit Ideen übertrafen, die sie von der FPÖ abgekupfert hatten. Den Anfang hatte Josef Pühringer gemacht, der seit den letzten Landtagswahlen benötigt ist, gemeinsam mit den Freiheitlichen zu regieren. Oberösterreich kürzt die Mindestsicherung für Asylberechtigte.

Innenminister Wolfgang Sobotka drängt auf die Notverordnung, die beim Erreichen der Obergrenze von 37.500 Asylanträgen zur Abweisung weiterer Flüchtlinge dienen soll. Außerdem sollen kriminelle Asylananten die österreichische Staatsbürgerschaft verlieren. Außenminister Kurz ist noch rigoros; er will Flüchtlinge nach dem Vorbild Australiens internieren. Wer es nach Österreich geschafft hat und keine Arbeit hat, soll gemeinnützige Arbeit um 1 Euro pro Stunde übernehmen.

Reinhold Lopatka, ÖVP-Klubobmann im Parlament, stimmt in den Chor mit der Vermutung ein, dass Asylananten nicht arbeitswillig seien.

Dient der Wettlauf um Verschärfung des Umgangs mit Asylananten der Rettung der Staatsfinanzen? Keineswegs – die Einsparungen bewegen sich im Promillebereich. Werden so die Asylananten schneller in die Wirtschaft integriert? Keineswegs – die Arbeitslosigkeit trifft sie härter als die Einheimischen. Die ÖVP-Sommerspiele sind reine populistische Symbolpolitik mit dem Ziel, sich als Koalitionspartner für einen künftigen Bundeskanzler Strache

anzudienen. Nur so ist es zu erklären, dass sich ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner vornehm zurückhält und seine Minister nicht dazu anhält, ihre Energie in die Arbeit der Koalition einzubringen. Man könnte sagen: Die ÖVP blickt in die Zukunft, in der eine rot-schwarze Koalition nicht mehr möglich sein wird.

Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Programmatik der Partei. War die ÖVP nicht einmal eine christlich-soziale Partei? Lopatka hat Theologie studiert, Pühringer war einmal Religionslehrer. Wie bei fast allen ÖVP-Politikern spielt der CV, der sich dem Christentum verpflichtet weiß, eine große Rolle. Wie unterschiedlich aber Christentum aufgefasst werden kann, dafür liefert gerade die FPÖ schöne Beispiele. Dort sitzen die Verteidiger des christlichen Abendlands.

Machterhalt war schon immer ein wesentliches Motiv einer so verstandenen christlichen Politik, das hat man im Österreich der Zwischenkriegszeit mit Unterstützung der Kirche praktiziert. Dass christliche Politik etwas mit Menschenfreundlichkeit, Hilfsbereitschaft, mit Unterstützung der Armen, auch der Flüchtlinge zu tun hat – das sind Ideen, die vielleicht in Parteiprogrammen ein verborgenes Dasein fristen, aber den „christlichen“ Politikern abhandengekommen sind. Freilich gibt es noch fallweise kirchliche Unterstützung nach dem Beispiel des Salzburger Weihbischofs Laun; aber diese schwindet, seit Papst Franziskus begonnen hat, das Christentum jenseits des Machtanspruchs zu definieren. Wir wissen noch nicht, ob sich dieser Papst durchsetzen wird. Die ÖVP sichert sich jedenfalls rechtzeitig ab. ■